

Emilie Schlösser
88255 Baidt, Fliederstr. 8
und
Klaus Schlösser
88250 Weingarten, Franz-Beerstr. 88
Telf. 07502 912564
fax. 07502 912618
0175 494 7334
emi.schloesser@t-online.de
hptts:skandal-rv.de

Baidt, den 15. 5. 2022

An die Vorsitzenden des Landtages Baden-Württemberg – Fraktion FDP, SPD und AFD, CDU und Grüne

in der Sache „Strobl steht zu seinem Verhalten“ - FDP, SPD und AFD - pochen auf Rücktritt oder Entlassung durch den Ministerpräsidenten lt. Reportage der Journalistin, Frau Kara Ballarin vom 12.5.22

3. offener Brief

Sehr geehrte Damen und Herren des Landtages Baden-Württemberg,

im obigen Bericht steht ganz klar, „Strobl steht zu seiner Tat“. Bei der Übergabe des Briefes vom Anwalt des Herrn Renner, an nur einen Journalisten ist eine „Mauschelei“ zu erkennen. Warum haben weitere Journalisten diese Information nicht erhalten?

Nicht nur in diesem Fall – Sexismus bei der Polizei“ beging Strobl „Rechtsbruch“. Da stellt sich uns die berechtigte Frage, „wer profitiert und was profitiert jemand aus diesem angeblichen Fall?“ Der bis dato noch nicht aufgeklärt ist.

Wir und besonders ich, sind schon seit über 10 Jahren davon überzeugt, dass es in unserer Landesregierung nicht immer mit rechten Dingen zugeht, bzw. dass das Recht und die Gesetze zu Gunsten von Tätern angewendet werden und somit das Recht gebeugt wird. Und in der Aufklärung dann zu Gunsten der jeweiligen Lobbyarbeit von Abgeordneten und Ministern den Vorrang hat.

Auf die im Artikel gestellte Frage: „Wer kann dem Dienstherrn Strobl noch trauen?“

Das können wir und ich, schon seit über 6 Jahren nicht mehr. Auch hierzu sagt Frau Goll mit Recht, „niemand“. Dass dem Innenminister Strobl das Problembewusstsein fehlt, haben wir und ich schon seit 2016 festgestellt. Auch hier sagt Frau Goll richtig, „dass Herr Strobl weiter damit den Rechtsstaat behindert, was noch schwerer wiegt“ ist, dass eine Wiederholung solcher Straftaten, ausgeführt von Strobl, nicht ausgeschlossen werden können. **Dies hat Strobl seit 2016 an dem Schlösser-Skandal ebenfalls begangen. Insbesondere an der Vertuschung des „Meineides“ an Emilie Schlösser. Darauf gehe ich später ein.**

Herr Stoch sagt mit Recht, „damit hat der Innenminister das Recht gebrochen.“ Auch Herr Gögel sprach von einer „Blamage für die gesamte Regierung von Kretschmann“.

Ja, dieses „Treiben“ zu Gunsten von irgendwelchen Lobbyisten, bzw. zur Deckung von Straftaten von Polizisten, Staatsanwälten und Richtern, wie hier im Raum Ravensburg, ist besonders speziell. Aber auch unser Fall ist einer von vielen gleich gelagerten Fällen, die von unserer Regierung gedeckt werden.

Wir haben am 8. Januar 2018 beim Landtag Baden-Württemberg den Antrag auf „Einsetzung eines Untersuchungsausschusses“, in dem an uns begangenen DM 8,0 Mio. Umsatz- und Urkundenbetrug, sowie dem Prozessbetrug der Ravensburger Justiz, gestellt. Wir haben bis heute keine Antwort erhalten. Noch ist der Landtag tätig geworden. Es gibt bis heute kein Aktenzeichen, trotz mehrmaliger Aufforderung. Der hierfür von uns getätigte Schriftverkehr füllt ca. 2 Leitzordner.

Auch hier in unserem Fall hat der Innenminister Strobl das Recht gebrochen, wie schon Herr Stoch von der SPD sagt. Herr Gögel von der AFD sagt weiter richtig: „Blamage“.

Unser Ministerpräsident ist seit über 10 Jahren über den an uns begangenen Betrug informiert. Auch er hat zu keinem Zeitpunkt auch nur auf eines unserer Schreiben geantwortet.

Herr Strobl weiß seit mindestens 5-6 Jahren über den „Meineid“ des Kripobeamten Rainer Erdle = „uneidliche Falschaussage gegenüber der Steuerfahndung Ulm“ lt. Aktennotiz vom 11.5.07, Bescheid. Auch Herr Strobl hat bis zum heutigen Tag kein Schreiben, noch auf das eingereichte Disziplinarverfahren geantwortet. Das gleiche gilt für den Ravensburger Polizeipräsidenten, U. Stürmer. Vom Polizeipräsidenten werde ich sogar mit der Einweisung in die JVA, Rbg., bedroht.

Diese Juristen, Abgeordneten und Minister unseres Landtages, inklusiv unseres Ministerpräsidenten, Herr Kretschmann nehmen sich ungeprüft des Falles, das

Recht heraus, uns und unser Familienunternehmen, die mit das Rückgrat unseres Wohlstandes in Deutschland sind, zu ruinieren.

In Deutschland sind 53 % der Arbeitnehmer in Familienunternehmen angestellt. Und Sie wissen auch, dass somit 47 % des Gesamtumsatzes deutscher Unternehmen in Familienunternehmen erwirtschaftet werden. Und somit dieser Geschäftsbereich – Familienunternehmen und Handwerker – die Steuerzahler der Nation sind. Und genau diese werden von unserer Landesregierung mit elementiert und die Täter geschützt.

Wenn dann, wie in unserem Fall, auch noch die Landesregierung, warum auch immer, versagt und es zulässt, dass eine Justiz in Ravensburg, den diesen an uns begangenen Betrug über einen Prozessbetrug und weiteren Straftaten dieser Juristen, deckt, dann ist auch ein solches Vorgehen kriminell, und stellt ebenfalls laut Gesetz eine „kriminelle Vereinigung“ dar. Die Landesregierung hat uns bis heute keine Chance gegeben, uns zu verteidigen und den Betrug aufzudecken.

Unser Familienunternehmen bestand seit 1961. Hier stellt sich mir die berechtigte Frage an unsere Abgeordneten und unsere Landesregierung: „Haben Familienunternehmen überhaupt noch eine Chance in unserem Land? Denn auch mit diesem, der bis heute begangenen Vertuschungen dieser Tat an uns, scheint der Tod der Handwerks- und Familienunternehmen beschlossene Sache zu sein. **Wird unser traditionelles Unternehmertum, die Familienunternehmen, überhaupt noch geschätzt?**

Lesen Sie, meine Herren, unseren in der Anlage beigefügten Antrag vom 8.1.18 einmal in Ruhe und stellen Sie sich selbst die Frage, was hätten Sie gemacht, wenn eine deutsche Justiz und dann noch die Landesregierung sich gegen Sie stellt?

Eines möchte ich in diesem Zusammenhang noch sagen: Ende 2019 hatte Herr N. Weinmann alle 4 von mir erstellten Beweisordner über den Betrug in seinen Händen. Er hat den Betrug erkannt und wollte sich mit Wolf in Verbindung setzen und ihn fragen, „wie weiter gemacht wird.“ Ende Januar 2020 bekam ich von Herrn Weinmann dann den Rückruf, der wie folgt lautete: „wir machen nicht mehr weiter“. Hierzu erübrigt sich jegliche Stellungnahme. **Vor dem Anruf von Herrn Weinmann bei Herrn Wolf hatte ich ihn gewarnt mit den Worten: „ Herr Wolf ist sehr Ravensburg-nah.“**

Für uns und besonders für mich steht fest, dass es für mich, als die von der Justiz und auch mit Hilfe unserer Landesregierung vom Opfer zur Täterin gemachte Person, es keine andere Option gibt, als die, diesen Fall solange der Öffentlichkeit zu präsentieren, bis unsere Landesregierung sich der jahrelang unterlassenen Verantwortung stellt.

Dies zu Ihrer Information.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'G. Müller'.

Alg. Antrag – Untersuch.Aussch.